presse

AG Bildung und Forschung

Nationaler Bildungsbericht: Jetzt gemeinsam für die Bildungsintegration handeln

***Ernst Dieter Rossmann**, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung:*

Die heutige Vorstellung des Nationalen Bildungsberichts 2016 verdeutlicht, dass die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland zwar leicht abgenommen hat, aber noch weiterhin gravierende Unterschiede bestehen. Der zusätzliche Finanzbedarf im Bildungsbereich für die Asylsuchenden wird auf rund 3 Milliarden Euro geschätzt. Bund und Länder müssen nun endlich zu einem Gesamtkonzept kommen. Hierzu ist das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufzuheben.

„Der Bildungsbericht zeigt, dass wir bei der Bildungsintegration von zugewanderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen jetzt mutiges Engagement zeigen müssen. Danach verlassen Jugendliche mit Migrationshintergrund das Schulsystem immer noch doppelt so häufig ohne Hauptschulabschluss. Außerdem erreichen sie dreimal seltener die Hochschulreife. Diese Unterschiede dürfen so nicht länger hingenommen werden.

Der Anspruch an unser Bildungssystem ist, dass es gleiche Chancen für alle bietet. Bund, Länder und Kommunen müssen endlich mit den Sozialpartnern einen Gesamtplan zur Förderung der Bildungsintegration aufstellen und in der Bildungspolitik konzeptionell, strukturell und finanziell zusammenarbeiten. Deshalb ist und bleibt es die Forderung der SPD, das Kooperationsverbot im Bildungssystem abzuschaffen. Die Länder und die Kommunen machen schon jetzt vieles sehr gut, aber gemeinsam können und müssen wir vieles noch besser machen.

Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung eines Übergangs von der Schule in Praktika, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung. So müssen zum Beispiel Regelungen zum Schulbesuch harmonisiert und Jugendmigrationsdienste

dringend ausgebaut werden, weil die Jugendlichen im Übergang und nach der ersten Sprachförderungsphase Beratung und Begleitung brauchen,. Vor allen Dingen braucht es einen massiven Ausbau an betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten, wenn es jetzt nicht zu einer „verlorenen Generation“ junger Migranten, aber auch von jungen Einheimischen ohne zukunftsfähige Ausbildung kommen soll.“